Gemeinderat Loitsche-Heinrichsberg

Mitteilungsvorlage	Vorlagen-Nr: MV-LH/0673/2021 Status: öffentlich AZ: Datum: 02.08.2021
Betreff: Sachstandsmitteilung zum Festsetzungsverfahren über wiederkehrende Straßenausbaubeiträge für die AE Heinrichsberg für die Investitionsjahre 2014 - 2018	
Federführendes Amt: Einreicher:	Bauamt Elke Kühnel
Beratungsfolge	16.08.2021 Gemeinderat Loitsche-Heinrichsberg

Der Gemeinderat nimmt folgende Sachstandsmitteilung zur Kenntnis:

Anfrage Nr. 03/2020 der UWG – Fraktion vom 15.09.2020:

- Frage 1: Wie hoch ist die Gesamtsumme der bereits ausgezahlten Rückerstattung?
Die Summe der ausgezahlten Rückerstattungen beträgt 59.272,20 €.
- Frage 2: Welche Flächengröße wurde als beitragspflichtige Fläche herangezogen?
Die Kalkulation des Beitragssatzes für die Vorausleistungen basiert auf einer Fläche von 167.000 m². Es handelte sich hierbei um eine fiktive Annahme aus der Entwurfsphase der Satzung. Diese hätte mit dem Satzungsbeschluss angepasst werden müssen, was nicht erfolgt ist. Bei der Festsetzung der endgültigen wiederkehrenden Beiträge ist eine beitragspflichtige Fläche von 223.291,59 m² zu Grunde gelegt worden, die aber mit der Korrektur (siehe Hinweis) des umlagefähigen Aufwandes wegen der Herausnahme des „Schmiedeweg“ ebenfalls anzupassen ist, weil zu dem nicht beitragspflichtige Grundstücke mit berücksichtigt worden sind.
- Frage 3: Sind die im Abrechnungsgebiet liegenden Grundstücke, für die Erschließungsbeiträge gezahlt wurden, Bestandteil der bei der Berechnung herangezogenen beitragspflichtigen Flächen?
Die Kosten für die Erschließung der Grundstücke in der Akazienstraße (B-Plangebiet) wurden über die Zahlung von Ablösebeträgen refinanziert. Erschließungsbeiträge gemäß §§ 127 ff Baugesetzbuch (BauGB) sind somit für die in der AE Heinrichsberg erfassten Grundstücke des B-Plangebietes nicht festgesetzt und nicht bezahlt worden. Die Flächen der Grundstücke an der „Akazienstraße“ sind im Beitragsfestsetzungsverfahren für wiederkehrende Straßenausbaubeiträge AE Heinrichsberg berücksichtigt worden, weil die Beitragsfreistellung für maximal 20 Jahre (Baujahr der Straße war 1994), § 14 Übergangsregelung der wiederkehrende Straßenausbaubeitragssatzung aus 2013, abgelaufen war.

Für beitragspflichtig gewordenen Grundstücke der Anlagen Anger, Kleiner Anger und Brinkweg nach § 6 KAG LSA sind einmalige Straßenausbaubeiträge festgesetzt und bezahlt worden. Die Flächen der Grundstücke am „Anger“, „Kleiner Anger“ und „Brinkweg“ (Festsetzungsverfahren waren im Jahr 2007) sind nicht im Beitragsfestsetzungsverfahren für wiederkehrende Straßenausbaubeiträge AE Heinrichsberg berücksichtigt worden, da für diese die Beitragsfreistellung (§14 WKABS 2013) noch anzuwenden ist.

Frage 4: Erfolgten Rückerstattungen an die Grundstückseigentümer, die Erschließungsbeiträge gezahlt haben?

Es erfolgten ausschließlich Rückerstattungen an die Grundstückseigentümer, die auch wiederkehrende Straßenausbaubeiträge gezahlt haben.

Frage 5: Auf welcher gesetzlichen Basis wurde der Versand der Bescheide vorgenommen, obwohl auf der Ratssitzung am 03.06.2020 durch die UWG-Fraktion Zweifel an der durchgeführten Berechnung geäußert wurden. (sh. UWG-Schreiben – Niederschrift zu TOP 3 – Niederschrift zur Sitzung vom 03.06.2020 öffentlicher Teil).

Die Bekanntgabe von Festsetzungsbescheiden, erfolgt auf der Rechtsgrundlage von § 6 a Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen – Anhalt und der gemeindlichen wiederkehrenden Straßenausbaubeitragssatzung. Für dieses Verwaltungsverfahren bedarf es keinen extra Beschluss des Gemeinderates, da die Beschlussfassungen über das Bauprogramm und die Beitragssatzsatzung die Durchführung eines Abrechnungsverfahrens auslösen. Die Bescheide wurden mit Datum 25.05.2020 versehen und zeitnah, am 28.05.2020 per Post versendet.

Hinweis:

Nach der Bekanntgabe der endgültigen Beitragsbescheide (Datum 25.05.2020) des in Rede stehenden Abrechnungsverfahrens, wurde nach Empfehlung und Beratung festgelegt, dass die Abrechnung zu korrigieren ist. Grund dafür war die Mitberücksichtigung der Maßnahme „Schmiedeweg“. Zwar waren Ausgaben (Rechnungsbeträge) und Einnahmen (Fördermittel) in gleicher Höhe in die Aufwandsermittlung zur Nachkalkulation eingeflossen, aber die Fördermittel dann für die Ermittlung des umlagefähigen Aufwandes nur in Höhe von 50 % berücksichtigt, so wie es mit dem Beschluss der Kalkulation zur Beitragssatzsatzung vorgesehen war. Um mögliche Verstöße gegen die Bestimmungen des Fördermittelbescheides auszuschließen, soll die Maßnahme Schmiedeweg aus dem Abrechnungsverfahren für die wiederkehrenden Beiträge herausgelöst werden. Mit der Korrektur der endgültigen Abrechnung, die noch vorzunehmen ist, ändern sich der Einnahmebetrag und der Ausgabebetrag in gleicher Höhe. Hinzu kommt die Richtigstellung der beitragspflichtigen Fläche. Diese wurde bei der Umstellung der Beitragsart von einmalige auf wiederkehrende Beiträge im Jahr 2013 vorerst grob kalkuliert und im Laufe der Investitionsjahre nicht angepasst. Diese Anpassung erfolgt dann in der Regel mit der endgültigen Beitragsfestsetzung, wozu diese auch dient. Die Anpassung und Richtigstellung ist nicht in vollem Umfang erfolgt und soll jetzt mit der Korrektur umgesetzt werden.

Sobald das Ergebnis hierzu vorliegt, wird es dem Gemeinderat zur Kenntnis, gegeben.

Finanzielle Auswirkungen im laufenden Haushaltsjahr			Ja ☐	Nein ☐
Gesamtkosten der Maßnahme in 2021 in €	Jährliche Folgekosten in €	Mittel bereits geplant 2021	Ja ☐	Nein ☐
Haushaltsstelle				
zusätzliche Einnahmen ☐ Nein ☐ Ja in Höhe von:				
Erläuterungen:				

Verbandsgemeinde-
bürgermeister

Kämmerei

Amtsleiter

Sachbearbeiter

Gremium		TOP	☐ Abstimmung laut Beschlussvorschlag mit		Die Vorlage wurde zum Beschluss erhoben. Datum: _____ Siegel- Bürgermeister / Vorsitzender Verbandsgemeinderat
☐ Ein- stimmig	☐ Mehr- heitlich	Ja	Nein	Enthaltungen	